



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 1831 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XV/230 - 7. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Weltweite Partnerschaft

66

Die Aufgabe unserer Zeit

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

3 + 4

Merten-Vorwürfe mit vielen Fragezeichen

79

Jetzt haben die Gerichte das Wort

Von Dr. Basil Kathopoulos

5

Psychologischer Testfall

33

Bundeswehr-Manöver in Frankreich und eine Anregung

6

CDU-Stellenvermittlung - ganz offiziell

29

Will freie Stellen in der Kommunalverwaltung besetzen

7

Gelenkte Hetze

40

Frag attackiert Brandt

* * *
* * *

Weltweite Partnerschaft

Von Hellmut Kalbitzer, MdB

Die Nordamerikaner haben einige schwarze Diplomaten an die neuen selbständigen Länder Afrikas entsandt. Die gleiche Hautfarbe sollte offenbar Sympathie für die US-Politik erwerben. Aber die jungen afrikanischen Politiker erlaubten sich die anzügliche Bemerkung, in ihrer Heimat müßten diese amerikanischen Diplomaten noch im Straßenbahnwaggon fahren.

Chruschtschow wollte den UNO-Generalsekretär Hammarskjöld abstrafen, als er merkte, dass afrikanische Politiker an der Haltung der UNO im Kongo Kritik übten. Dieses aber war für die Afrikaner das Signal, gegen die Sowjets und für die UNO zu stimmen.

Die Entwicklungsländer und insbesondere ihre jüngsten Sprößlinge sind, wie diese Beispiele zeigen, allergisch gegen alle Versuche, sie weiterhin für die Interessen der Großmächte einzuspannen. Sie nennen diese Versuche der Großmächte, in Erinnerung an ihre jüngste Vergangenheit, Neo-Kolonialismus.

Wir Europäer nehmen schicksalergaben die Tatsache der Spaltung in die beiden Weltblöcke, West und Ost hin. Aber von Südasien, Afrika und Lateinamerika aus hat die Welt eine ganz andere Perspektive: Dort heißt der Weltgegensatz nicht West-Ost sondern Nord-Süd, das heißt -, Industrieländer auf der einen und Entwicklungsländer auf der anderen Seite. Diese Perspektive verkürzt die Unterschiede zwischen Ost und West. Für hungernde, ihre Primitivität gerade überwindende Völker ist der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus nicht so groß wie für uns; beide Systeme erscheinen dort nur als verschiedene Formen der industriellen Gesellschaft.

Viel größer erscheinen aus dieser Perspektive die Gegensätze zwischen Industrieländern mit ihrem verhältnismäßigen Wohlstand und den Entwicklungsländern mit ihrem Hunger und Massenelend - zwischen Kolonialherren von gestern und heute einerseits und den jetzt zum Selbstbewußtsein erwachenden Unterdrückten andererseits. Sind diese unterschiedlichen Positionen überhaupt miteinander vereinbar? Ja, sie sind es, wenn wir die gemeinsamen Interessen beider Seiten in den Vordergrund rücken, nicht durch schöne Worte, sondern durch Taten.

Die Entwicklungsländer wurden seit dem zweiten Weltkrieg formell unabhängig und souverän; aber diese neue Position in der Weltpolitik muß erst faktisch gefestigt und bestätigt werden durch einen entsprechenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg im Innern. Sonst ist ihre Freiheit nur Schall und Rauch. Die selbständig werdenden Völker wissen sehr gut, dass hierzu die Zusammenarbeit mit den Industrieländern notwendig ist. Es ist politisch entscheidend, diese Zusammenarbeit auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Es gilt, den großen Schritt zu tun, den die Technik heute zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte ermöglicht, die Armut in der ganzen Welt zu überwinden durch gleichberechtigte solidarische Zusammenarbeit für dieses Ziel. Die krassen Gegensätze zwischen Arm und Reich, die früher innerhalb der Industriegesellschaft bestanden - und jetzt allmählich in der industriellen Welt überwunden werden - bestehen in unverminderter Schärfe zwischen den armen und den reichen Völkern. Auch im Weltmaßstab können diese Gegensätze abgebaut werden. Dazu bedarf es der Überwindung des Analphabetismus und der Industrialisierung, um den Volksmassen produktive Arbeit zu geben, sowie der Modernisierung der Landwirtschaft, um ausreichend Nahrung für diese Völker zu schaffen.

Um die Mitarbeit des deutschen Volkes für diese Aufgabe zu gewinnen, und um mit den fortschrittlichen Kräften der Entwicklungsländer die Beziehungen zu verstärken, wurde jetzt der Verein "Weltweite Partnerschaft - Solidarität mit Afrika, Asien und Lateinamerika" unter dem Vorsitz von Botschafter a.D. Hans Roden gegründet.

Man ist sich klar darüber, dass sich die Zusammenarbeit nicht in humanitärer Hilfe erschöpfen kann, so ehrbar das Motiv auch ist, sondern in beiderseitigen Interesse geleistet werden muß. Es besteht ein solidarisches Interesse der fortschrittlichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den Entwicklungsländern wie in den westlichen Industrieländern daran, das Elend in der Welt zu überwinden, der menschlichen Freiheit zu dienen und damit den Krieg als Mittel zur Austragung bestehender Gegensätze zu überwinden.

Merten-Vorwürfe mit vielen Fragezeichen

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Ein unangenehmer Schauer schwerer Vorwürfe gegen eine Reihe namhafter Mitglieder der griechischen Regierung ist in den letzten zehn Tagen über Athen niedergegangen und hat nicht nur die nationalen Gefühle des Landes aufgebracht, sondern auch zu einer allgemeinen Verwirrung der als nicht sonderlich stabil angesehenen politischen Lage geführt. Es handelt sich um die veröffentlichten Vorwürfe in "Hamburger Echo" und im "Spiegel" des Berliner Rechtsanwalts, Dr. Max Merten gegen den griechischen Ministerpräsidenten, K. Karamanlis, den Innenminister D. Makris, dessen Frau und den Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Themelis. Ihnen wirft Merten vor, während der Besatzungszeit laufend Informationen an die deutschen Militärbehörden in Saloniki geliefert zu haben - gegen entsprechende Vergütungen aus den in Griechenland beschlagnahmten jüdischen Vermögenswerten.

Dr. Merten war bekanntlich im März 1959 von einem Athener Kriegsgericht zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihm wurde die Deportation von 42 000 griechischen Juden während seiner Tätigkeit in Saloniki 1942-43 zur Last gelegt. Neun Monate nach seiner Verurteilung wurde Dr. Merten amnestiert und der deutschen Justiz übergeben, die hiesigen Behörden haben inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen den Berliner Rechtsanwalt eingeleitet. Der vorzeitigen Entlassung Mertens darf der Wunsch der Athener-Regierung zugrundegelegt werden, das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, das einen so erfreulichen Grad der gegenseitigen Partnerschaft erreicht hatte, nicht durch unglückselige Erinnerungsposten aus dem zweiten Weltkrieg auf lange Zeit zu beschatten. Diese Bereitschaft kommt der Regierung jetzt teuer zu stehen. Die parlamentarische Opposition, die von Anfang an gegen eine vorzeitige Haftentlassung Dr. Mertens gewesen war, hätte sicherlich keinen Grund, wegen dieser Entwicklung der "Merten-Affäre" etwa Schadenfreude an den Tag zu legen. Das rechtsradikal orientierte Nachmittagsblatt "Hestia" warf am 29. September der Regierung vor, daß sie ganz allein für die durch die Anschuldigungen Dr. Mertens entstandene politische Lage die Verantwortung trage.

Innenminister Makris stellte am 30. September bei der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Athen Strafantrag wegen Verleumdung gegen Dr. Max Merten und die Herausgeber der beiden deutschen Presseorgane. Der Ministerrat beschloß, die Bestimmungen des Gesetzes über den Abschluß der Strafverfolgung deutscher Kriegsverbrecher vorübergehend aufzuheben, durch die Merten das Betreten Griechenlands für immer untersagt wird. Dadurch soll es Dr. Merten ermöglicht werden, vor den griechischen Gerichten zu erscheinen. Wie der Berliner Rechtsanwalt Vertretern griechischer Zeitungen gegenüber erklärte, beabsichtige er, gegen Frau Makris Strafantrag wegen Meineids zu stellen. Frau Makris hatte während des Merten-Prozesses in Athen unter Eid ausgesagt, daß ihr Max Merten unbekannt sei. Merten dagegen

behauptet, Frau Makris sei während seiner Tätigkeit in Saloniki für ihn als Sekretärin tätig gewesen und glaubt, zum Beweis Zeugen namhaft machen zu können.

Es fällt allerdings auf, daß von den Dokumenten, auf die sich Dr. Merten außerdem bei seinen Behauptungen zu stützen vorgibt, bisher keines der Öffentlichkeit als beweiskräftige Grundlage unterbreitet worden ist. Dr. Merten hält weiterhin an seiner Behauptung fest, daß es ein Foto gäbe, auf dem er, Merten, zusammen mit dem Ehepaar Makris, und Ministerpräsident Karamanlis zu sehen sei. Auch für die Richtigkeit dieser Aussage liegen keine verlässlichen Hinweise vor. Einer der Führer der griechischen Opposition, der liberale Politiker G. Papandreou, meinte dazu, wenn dieses Foto existiere und veröffentlicht werde, wäre dies nahezu ein Beweis und ein Prozeß gegen Dr. Merten würde sich erübrigen. Allgemein ist man in Athen der Auffassung, daß - wenn sich die Behauptung Mertens in Bezug auf die Existenz dieses Fotos aus der Besatzungszeit als unrichtig erweisen sollte - dann dem Berliner Rechtsanwalt weitgehend die Grundlage seiner Beweise entzogen ist.

Solange nicht an Hand aussagefähiger Dokumente die Stichhaltigkeit der Mertenschen Anwürfe wirklich lückenlos geprüft worden ist, kann von einer innenpolitischen Krise Griechenlands nicht die Rede sein. Die Opposition scheint daher noch weit davon entfernt zu sein, etwa der Regierung im Parlament durch die Einbringung eines Mißtrauensantrages die politischen Korsettstangen entziehen zu wollen. Im Moment versucht lediglich die KDA, die als Tarnorganisation der Kommunisten in Griechenland gilt, den "Fall Merten" zu einer wirklichen Krise hochzuspielen, um daraus politisches Kapital zu schlagen.

Das letzte Wort werden in dieser Angelegenheit jedoch die Gerichte sprechen. Unüberhörbar ist in diesem Zusammenhang die Forderung der parlamentarischen Opposition und der ihr nahestehenden und unabhängigen Presse nach Einschaltung deutscher Gerichte bei der Behandlung dieses so un erfreulichen Falles

+ + +

Psychologischer Testfall

sp - Wie verlautet, sollen schon im nächsten Monat einige Bataillone der Bundeswehr Manöver in Frankreich durchführen. Als Manövergelände wurde die Gegend von Reims gewählt, ein Gebiet also, dessen Bevölkerung im ersten und zweiten Weltkrieg Schweres erdulden musste. Noch heute zeugen viele Orte in diesem Gebiet von den Schrecken des Krieges und die Kreuze Tausender und Abertausender Soldatengräber erinnern an das Völkermorden.

In Paris und Bonn wird bei zuständigen Stellen gesagt, man wolle bei Gelegenheit der Manöver feststellen, wie die Reaktion der französischen Bevölkerung auf die Anwesenheit deutscher Truppenverbände ist. Sind die deutsch-französischen Beziehungen heute schon so gut, dass man den Menschen jener Dörfer und Städte, wo man jahrzehntelang den Deutschen meist als "bocke" bezeichnete, zumuten kann, plötzlich auf ihren Strassen deutsche Soldaten auftauchen zu sehen? Meinungsumfragen, die vom französischen Verteidigungsministerium in der Gegend von Reims durchgeführt wurden, sollen ein günstiges Ergebnis gehabt haben. Wie es heisst, sieht die dortige Bevölkerung ein, dass zur Verteidigung der Freiheit des Westens auch eine deutsch-französische Waffenbrüderschaft notwendig ist.

Trotzdem: Beim Bundesverteidigungsministerium in Bonn sollte man überlegen, ob es nicht zweckmässig wäre, die Offiziere - und vielleicht auch die Mannschaften - der in Frankreich zu Manövern eingesetzten Bataillone durch Vorträge über die Vergangenheit, über Land und Leute und über das, was man lange Zeit in Frankreich über uns Deutsche dachte, aufzuklären. Sollte man sich dazu entschliessen, dann wäre es aber gut, dafür Referenten auszusuchen, die Frankreich und das französische Volk nicht nur zu kennen glauben, weil sie etwas von der französischen Literatur wissen, vielleicht einmal in Paris bei der deutschen Botschaft waren, oder gar im zweiten Weltkrieg zu den "Besatzern" gehörten. Es gibt in der Bundesrepublik genügend Personen, die jahrelang in Frankreich gelebt und gearbeitet haben und infolgedessen die Mentalität des französischen Volkes meist viel besser kennen als irgend jemand, der einmal "von Amts wegen" dort war.

CDU-Stellenvermittlung - ganz offiziell

Zu den im Kommunalwahlkampf immer wiederkehrenden Vorwürfen der CDU gegen die SPD gehört, den Sozialdemokraten eine Förderung des "Parteiluch-Beamtentums" vorzuwerfen. Die CDU versäumt keine Gelegenheit, diese alte Platte neu aufzulegen, ohne allerdings ihre Beschuldigungen zu beweisen. Zu dem Sturm auf die "roten Rathäuser", den die CDU im Frühjahr ankündigte, gehört auch, die alten Vorwürfe wieder zu erneuern.

Dabei übersahen die Christdemokraten allerdings, daß eine von ihnen geschaffene Einrichtung, die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU, die für Hessen in Oberursel, Altenhöferweg 39, ihren Sitz hat, genau das tut, was die CDU ihrem politischen Gegner vorwirft. Diese Vereinigung hat vornehmlich die Aufgabe, jede in der öffentlichen Verwaltung freiwerdende Stelle zu registrieren und jeden Posten möglichst mit einem CDU-Mann zu besetzen. Dabei stört es die CDU wenig, daß nach dem Gesetz allein es den Arbeitsämtern vorbehalten ist, Arbeitsplätze zu vermitteln.

Die Adenauer-Partei fühlt sich ihrer Sache offenbar so sicher, daß sie jede Zurückhaltung aufgibt. In den "Kommunalpolitischen Blättern", die monatlich zweimal erscheinen, findet sich regelmäßig folgende Notiz:

"Die Geschäftsstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU in Oberursel unterhält einen Stellennachweis. Die Behördenleiter werden gebeten, freie Stellen zu melden. Stellenbewerber können ihre Bewerbungen an die Geschäftsstelle einreichen."

Die CDU betreibt also planmäßig eine Stellenbesetzung nach parteipolitischen Gesichtspunkten und wünscht eine Politisierung der Verwaltung. Man sollte dies den CDU-Wanderrednern vorhalten, wenn sie im kommenden Wahlkampf wieder mit ihren unqualifizierten Angriffen gegen die SPD kommen.

+ + +

Gelenkte Hetze

(rh). Anfang Oktober ist in der Tschechoslowakei eine "Kampf-woche gegen Faschismus und Krieg" zu Ende gegangen, deren Kundgebungen sich in erster Linie gegen die Deutsche Bundesrepublik, die deutschen Heimatvertriebenen und diesmal als besondere Nuance gegen den Westberliner Bürgermeister Brandt richteten. Den Auftakt zu dieser Kampagne, die zugleich auch der "Unterstützung der Friedensanträge der Sowjetunion in der Vollversammlung der UNO" galt (die allerdings nur ganz am Rande behandelt wurden), bildete ein Bericht in der Prager Abendzeitung "Vecerni Praha" (Prag am Abend) vom 22. September, der den Titel führte: "Brandt auf den Spuren Hitlers". In dieser von einem "Berliner Berichterstatler" verfassten Meldung wurde behauptet, der "Westberliner Chef der 'Frontstadt', der Reaktionär Willy Brandt", habe bei einem Revanchisten-Treffen in Hannover zu einem Feldzug gegen Osteuropa aufgerufen. Nach Brandts Ansicht sollten "Prag, Warschau und Budapest in den Westblock, also unter die Kontrolle des Adenauerschen Reiches, eingegliedert werden und die Elbe und Werra als Grenzen des Ostens von der Landkarte verschwinden". Die Kundgebung Brandts habe der "vollen Aufrüstung Westdeutschlands" gegolten.

Konnte man diesen Bericht als eine der in den Ostblockstaaten üblichen und übler Falschmeldungen noch gering achten, so wurde der stellvertretende Prager Ministerpräsident Rudolf Barak bei einer "Friedenskundgebung" auf dem Marktplatz der westböhmischen Stadt Eger in seinen Angriffen gegen Brandt schon massiver. Er unterstellte vor 25 000 Teilnehmern dem Westberliner Bürgermeister, dass er Adenauer und Seebohm "in ihrer revanchistischen Reden" unterstütze. Als Prag dagegen protestiert hätte, habe sich Brandt sogar für die Ausweisung der Vertreter der tschechoslowakischen und polnischen Militärmissionen aus Westberlin eingesetzt.

Seit diesen beiden von Pankow gelenkten Attacken bemüht sich die Prager Propaganda immer wieder, Brandt mit dem "Revanchismus und Militarismus in Westdeutschland" in Zusammenhang zu bringen und dem Berliner Bürgermeister eine "führende Rolle" bei der "Bedrohung der Sicherheit der Tschechoslowakei" anzukreiden. Dass dieser mit Kriegshysterie verbundene Irrsinn Methode hat, wird aus dem Verlauf von Kundgebungen "deutscher Aktivisten" in den Grenzgebieten Böhmens offenbar, die sich jetzt gleichfalls mit den "Revanchegelüsten westdeutscher Politiker" befassen müssen. Auch da spielt Brandt in den Referaten und Debatten eine grosse Rolle, obwohl anzunehmen ist, dass diese untere Funktionärgarnitur von Brandt bisher wenig Ahnung hatte.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel